

Gemeindezeitung.

Die Wünsche der Gemeindeangestellten und die städtischen Finanzen.

Der Präsident des Vereines der Beamten der Stadt Wien, Oberrechnungsrat Viktor de Ponti, teilt einem unserer Redakteure über die Wünsche der städtischen Beamtenschaft mit: „Der einmalige Anschaffungsbeitrag, der den Staatsangestellten versprochen wurde, wird in demselben Ausmaße auch den städtischen Angestellten zugewendet werden. Die genaue Bestimmung der Beträge ist derzeit unmöglich, da auch der Staat noch keine Entscheidung getroffen hat. Sobald aber der Staatsangestelltenauschuß, der sich damit beschäftigen muß, darüber beschloßen haben wird, dürfte auch der Wiener Magistrat unverzüglich, wie es die Erwartung der Angestellten ist, die betreffenden Anträge dem Gemeinderate vorlegen. Die Beamtenschaft der Stadt Wien hat auch noch eine größere Anzahl anderer Wünsche dem Herrn Bürgermeister vorgebracht. Die doppelte Anrechnung dreier Kriegsjahre, Gewährung der Kriegszulage an die Familien Eingerückter, Einrechnung der minderjährigen Söhne, die als Mannichastspersonen eingerrückt sind, in die Zahl der unverjagten Kinder und die Oeffnung von Rangsklassen, die bis jetzt nur im Wege der Stellenbesetzung erreicht werden konnten, für das Zeitavancement, so zwar, daß die länger dienenden Beamten in leitender Stellung ad personam die anderen nur mit den Bezügen in die nächst höhere Rangsklasse befördert werden. Die Erfüllung der Forderungen würde eine neue schwere Belastung der Gemeindefinanzen bedeuten. Die Gemeinde ist aber am Ende ihrer finanziellen Kraft angelangt. Der Rechnungsabschluss über das Verwaltungsjahr 1916/17, der demnächst veröffentlicht werden soll, schließt zwar nur mit einem ganz unbedeutenden Defizit ab, doch sind die Ausgaben derart gestiegen, daß man tatsächlich derartige neue Lasten nicht mehr auf die Massenbestände verweisen könnte. Es wird also unbedingt notwendig sein, neue Geldquellen zu erschließen, was immer mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Einen Zuschlag zu der Einkommensteuer wird der Staat kaum zulassen. Für das Defizit selbst aufzukommen, wird die Regierung wahrscheinlich auch ablehnen. Es scheint fast nur mehr der äußerste unpopuläre Weg der Erhöhung der Tarife bei den städtischen Unternehmungen übrig zu bleiben, wenn die Stadtverwaltung ihr bisher immer gezeigtes Wohlwollen gegenüber ihren Angestellten weiterhin pflegen will.“